

Gebirgskantone stellen sich hinter das CO₂-Gesetz

Die Gebirgskantone stellen sich hinter das CO₂-Gesetz. Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) hat die Ja-Parole für die Abstimmung am 13. Juni beschlossen.



Graubünden.

Bild: Fabian9799/Unsplash

Das Berggebiet spürt die Auswirkungen des Klimawandels bereits ganz direkt: Der Gletscherschwund hat sich beschleunigt, das Auftauen des Permafrosts untergräbt die Stabilität von Infrastrukturen, die Schutzwälder leiden und können ihre Funktion nicht mehr wahrnehmen, Starkniederschläge häufen sich und verursachen vermehrt Hochwasser und Murgänge.

Weil diese Vorgänge nicht unmittelbar gestoppt werden können, müssen sich die Berggebiete an die sich verändernden Verhältnisse anpassen, hält die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) fest.

Der im CO₂-Gesetz vorgesehene Klimafonds könne aber solche Anpassungsmassnahmen finanziell unterstützen. Wichtige, für die Gebirgsregionen relevante Branchen, wie Tourismus, Energie, Wasserbau, Verkehr oder Gesundheit, können davon profitieren.

Deshalb unterstützen die Gebirgskantone das CO₂-Gesetz und empfehlen, am 13. Juni 2021 «Ja» zu stimmen. (htr/npa)

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) ist im Jahre 1981 gegründet worden. Heute gehören ihr die Regierungen der Kantone Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Appenzell Innerrhoden, Graubünden, Tessin und Wallis an. Die Fläche der in der RKGK zusammengeschlossenen Kantone entspricht 43,3 Prozent der Gesamtfläche der Schweiz. In den RKGK-Kantonen leben rund 1,1 Million Personen (13% der Schweizer Bevölkerung).

Publiziert am Mittwoch, 19. Mai 2021